



**Niederschrift**

**über die Sitzung**

**des Verkehrsausschusses**

**am 18.11.2021**

## Anwesend

### **- Vorsitz**

Steinkrüger, Janina

### **- Verwaltung**

Mailahn, Katja

### **- Mitglieder**

Gerster, Thomas

Holle, Ludwig Stellvertretung für Frau Sabine Flegel

Mauerer, Carmen

Nierhoff, David

Noeske, Bodo Stellvertretung für Herrn Tilman Schweitzer

Rehn, Werner

Röder, Rupert, Dr. Stellvertretung für Frau Daiana Neher  
von Jungenfeld, Mareike

## Entschuldigt fehlen

### **- Mitglieder**

Flegel, Sabine

Herbst, Corinne

Neher, Daiana

Schweitzer, Tilman

## Tagessordnung

### a) öffentlich

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 23.09.2021
2. Barrierefreie Erschließung Kaiserbrücke
3. Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs in der "Jungenfeldstraße" zwischen "Am Obstmarkt" und "Veitstraße"
4. Bushaltestelle Bauhofstraße
5. Sachstandsbericht und Beschluss über die Erledigung des Antrags 0987/2012 FDP;
6. Radtouristischer Entwicklungsplan
7. Öffentlicher Dienstleistungsauftrag (öDA)
8. Rheinland-Pfalz-Index;
9. Sachstand zu Antrag 0943/2020 - Das Straßenbahnnetz weiter ausbauen
10. Modernisierung Ticketvertrieb - bargeldloser Ticketverkauf in den Fahrzeugen der MVg
11. Mitteilungen

Die Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## **öffentlich**

### **Punkt 1**      **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 23.09.2021**

Ohne Einwendungen nimmt der Verkehrsausschuss von der Niederschrift über die Sitzung vom 23.09.2021 Kenntnis.

### **Punkt 2**      **Barrierefreie Erschließung Kaiserbrücke** **Sachstand und Beschluss für weiteres Vorgehen des Fördervorhabens.** **Vorlage: 1462/2021**

Frau Steinkrüger führt in den Sachverhalt der Beschlussvorlage ein.  
Der Verkehrsausschuss nimmt den neuerlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis und empfiehlt dem Stadtrat entsprechend dem Beschlussvorschlag das Fördervorhaben weiter zu verfolgen ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.10.2021.

### **Punkt 3**      **Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs in der "Jungenfeldstraße" zwischen "Am Obstmarkt" und "Veitstraße".** **Vorlage: 1380/2021**

Frau Steinkrüger führt in den Sachverhalt der Beschlussvorlage ein.  
Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis und empfiehlt einstimmig dem Stadtrat das Einvernehmen zur Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs in der „Jungensfeldstraße“ zwischen „Am Obstmarkt“ und „Veitstraße“ zu erteilen.

Gegenstand der Beratung war die Verwaltungsvorlage vom 05.10.2021.

**Punkt 4**            **Bushaltestelle Bauhofstraße**  
**hier: Sanierung und barrierefreier Umbau Bushaltestelle Bauhofstraße**  
**D inkl. angepasster Verkehrsführung**  
**Vorlage: 1434/2021**

Frau Steinkrüger führt in den Sachverhalt der Beschlussvorlage ein.  
Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorlage ohne Einwendung oder Gegenstimmen zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung war die Verwaltungsvorlage vom 07.10.2021.

**Punkt 5**            **Sachstandsbericht und Beschluss über die Erledigung des Antrags**  
**0987/2012 FDP;**  
**hier: Fahrradparksituation am Hauptbahnhof**  
**Vorlage: 1463/2021**

Frau Steinkrüger führt in den Sachverhalt der Beschlussvorlage ein.  
Herr Gerster sieht die Fahrradparksituation am Hauptbahnhof noch nicht als gänzlich zufriedenstellend gelöst, überlässt jedoch der antragstellenden Partei, wie hiermit umgegangen werden kann. Herr Rehn bittet die Verwaltung auch nach Erledigung des Antrags weiterhin die Fahrradparksituation am Hauptbahnhof im Blick zu behalten. Herr Gerster bittet um ein besonderes Augenmerk auf die Freihaltung der Blindenleitlinie am Hauptbahnhof West zu legen und für die Freiräumung des Geländers zur Bahnböschung zu sorgen.

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung der Verwaltung zur Kenntnis der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den oben genannten Antrag 0987/2012 FDP für erledigt zu erklären.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.10.2021.

**Punkt 6**            **Radtouristischer Entwicklungsplan**  
**hier: Rheinradweg und Mainz-Ingelheim-Runde**  
**Vorlage: 1493/2021**

Frau Steinkrüger führt in den Sachverhalt der Beschlussvorlage ein.  
Der Verkehrsausschuss empfiehlt ohne Anmerkungen oder Gegenstimmen dem Stadtrat die neue Wegeführung durch das Stadtgebiet zu beschließen.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 21.10.2021.

**Punkt 7**            **Öffentlicher Dienstleistungsauftrag (öDA)**  
**hier: Änderungen und Nachtrag**  
**sowie Mainz Rider - mündlicher Bericht**  
**Vorlage: 1454/2021**

Frau Steinkrüger führt in den Sachverhalt der Beschlussvorlage ein. Sodann übergibt sie das Wort an Herrn Jochen Erlhof, der insbesondere für den aktuellen Stand des Mobilitätsangebotes „Mainz Rider“ im Rahmen eines mündlichen Berichtes die anwesenden Personen informiert (siehe Anlage Folien 2 bis 4).

Frau Mauerer fragt in diesem Zusammenhang nach der Möglichkeit einer Ermäßigungen für MainzPass-Inhaber:innen. Herr Erlhof antwortet hierauf, dass in diesem Fall dieser als Zeitkarte gewertet wird und somit der ermäßigte Tarif greift.

Herr Roeder fragt nach den Buchungsmöglichkeiten. Herr Erlhof erläutert hierauf den Buchungsvorgang per App. In dieser muss neben dem Einstiegsort auch das Fahrtziel angegeben werden. Die App ermittelt hieraus die zurückzulegenden Kilometer und zeigt dann die günstigste Alternative an. Ziel des MainzRider ist, dass verschiedene Fahrgäste und Fahrtziele gepoolt werden sollen.

Herr Roeder fragt nach, ob ältere Personen mit der App klarkommen.

Herr Erlhof erläutert hierauf, dass für die Förderung der Grundsatz der Digitalisierung galt und dass auch ältere Personen ein Smartphone besitzen und diese nutzen.

Herr Nierhoff fragt ob die Fahrgäste durch das Pooling der Fahrgäste entstehende Umwege bezahlen müssten. Dies verneint Herr Erlhof: Der Fahrgast zahlt nur die günstigste Fahrtroute.

Frau Mauerer fragt nach Kombinationen der verschiedenen Apps der Mainzer Mobilität. Herr Erlhof erläutert hierzu, dass die verschiedenen Angebote integriert werden sollen.

Der Verkehrsausschuss nimmt nach Beantwortung der Fragen die dargestellten Änderungen und den Nachtrag zum öDA zur Kenntnis und empfiehlt dem Stadtrat, das Verkehrsangebot gemäß den Anlagen zu beschließen.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.10.2021.

**Punkt 8**                    **Rheinland-Pfalz-Index;**  
**hier: Bereitstellung des kommunalen Anteils zum Ausgleich von au-**  
**ßerordentlichen Mehrkosten beim Busfahrpersonal**  
**Vorlage: 1511/2021**

Frau Steinkrüger führt in den Sachverhalt der Beschlussvorlage ein und bietet dann die Möglichkeit Fragen zu stellen und Anregungen zu äußern.

Herr Rehn begrüßt die ordentliche Bezahlung des Fahrpersonals. Er fragt wie viele Fahrer:innen hiervon betroffen seien, welche Summen pro Fahrer:in hierbei zum Tragen kommen und ob dies eine einmalige Aktion sei.

Frau Steinkrüger erläutert, dass dies erst einmal für das laufende Jahr zur Verfügung gestellt werden soll. Weiter Ausgleiche für die Folgejahre werden gesondert beschlossen. Die Verträge für Mainz laufen bis 2024. Herr Erlhof ergänzt, dass der Subunternehmer der Mainzer Mobilität ca. 60 Fahrer:innen im Einsatz hat.

Der Verkehrsausschuss nimmt die Hintergründe, die zu den außerordentlichen Mehrkosten infolge von Tarifierhebungen beim Busfahrpersonal sowie die Bereitschaft der Stadt Mainz, den kommunalen Anteil zu tragen, zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 26.10.2021.

**Punkt 9**                    **Sachstand zu Antrag 0943/2020 - Das Straßenbahnnetz weiter aus-**  
**bauen: mündlicher Bericht der Mainzer Mobilität**

Nach kurzer Einführung von Frau Steinkrüger in den Tagesordnungspunkt erläutert Herr Erlhof anhand der beiliegenden Präsentation (Folien zu Top 9: S. 5-18) die geplanten weiteren Schritte zum Projekt Binger Straße und zu den möglichen Varianten in der Innenstadt sowie zur Anbindung des Heiligkreuzviertels. Ebenfalls erläutert er die geplante Bürgerbeteiligung zur Findung der Vorzugsvarianten. Anschließend ergaben sich die nachfolgenden Rückfragen und Anmerkungen der Anwesenden zu den einzelnen Themenbereichen:

Straßenbahn Binger Straße:

Herr Gerster erklärte, dass er die Lösungsvariante einer Zeitinsel als eine funktionierende Möglichkeit sieht.

Herr Roeder bemängelt den engen Raum für den Radverkehr. Er erklärt, dass 1,75 m nicht für Lastenräder ausreicht. Der Raumbedarf muss für die aktuellen Entwicklungen und nicht anhand älterer Richtlinien dargestellt werden. Im Bereich der Haltestelle hält er ein begrenztes Platzangebot eventuell für akzeptabel, jedoch muss im weiteren Verlauf mehr Platz sein.

Herr Nierhoff findet die Lösungsmöglichkeit der Haltestelle mit Hilfe einer Zeitinsel spannend und fragt nach, ob auch eine Haltestelle in Mittellagen geprüft wurde. Herr Erlhof erläutert, dass sich die aufgrund der Anordnung der Türen beim des Fahrzeugtyps für den Einrichtungsverkehr ausschließt.

Frau Mauerer fragt nach, ob auch Überlegungen zur Reduzierung der Fahrspuren betrachtet wurden. Hierzu Erläutert Herr Erlhof, dass er die Planung als aufwärtskompatibel sieht (weniger Verkehr = weniger Fahrspuren).

#### Vorstellung Bürgerbeteiligung:

##### Innenstadterschließung

Herr Nierhoff bedankt sich für die ausführliche Erläuterung und stellt die Nachfrage, warum die beiden Teilprojekte nicht zusammengefasst werden. Er sieht bei einer Projektzusammenfassung mit Blick auf die Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU) keinerlei Probleme und äußert seine Verwunderung falls nicht jedes Teilprojekt für sich  $>1.0$  in der NKU abschließen würde. Er fragt nach der angedachten Reihenfolge: aufgrund der Trassenoffenheit und der Priorität der Anbindung Heiligkreuzviertels (HKV) sieht er einen längeren Zeitbedarf zur Variantenfindung bei der Anbindung des HKV, trotzdem kommt der Beteiligungsprozess für die Anbindung des HKV nach dem Ausbau der Erschließung durch die Straßenbahn in der Innenstadt.

Weiterhin fragt er nach der Einbindung der Gremien im Prozess vor Bürgerbeteiligung und ab das ausgewählte Büro für beide Teilprojekte beauftragt wird.

Herr Erlhof begründet das angedachte Vorgehen mit einer gewissen Unsicherheit bei der NKU zum HKV. Auch die bereits vorhandene Buserschließung spielt hierbei eine Rolle. Man muss hierbei die Frage stellen, welcher zusätzliche Nutzen eine Erschließung mit der Straßenbahn hat. Bei der Innenstadterschließung bietet dieses Projekt auch Vorteile für den Betrieb zum Beispiel für den Fall einer Havarie. Wohingegen die Anbindung des HKV nur weitere Erschließung für diesen Bereich darstellt.

Herr Erlhof erläutert, dass die jeweils betroffenen Ortsbeiräte im Verfahren eingebunden sind. Ein sauber aufgestellter Prozess der Bürgerbeteiligung hat den Vorteil, dass damit die anschließende Planfeststellung ohne größere Probleme durchgeht. Dies hat sich auch bei der Planung der Mainzelbahn gezeigt.

Die Beteiligungsverfahren werden noch ausgeschrieben, daher kann noch nicht beantwortet werden, ob beide Verfahren durch das gleiche Büro durchgeführt werden.

Herr Rehn äußert die Bitte die Uniklinik besser anzubinden. Weiterhin fragt er nach dem Stand des Verkehrskonzepts Rheinhessen der Planungsgemeinschaft Rheinhessen Nahe.

Der Vorschlag der besseren Anbindung der Uniklinik wird von den Beteiligten der Mainzer Mobilität im Verfahren eingespeist.

Frau Metzsch erläutert den Planungsstand des Verkehrskonzeptes Rheinhessen.

Herr Röder unterstützt den Vorschlag von Herrn Rehn. Er empfindet die NKU-Bewertung als nicht mehr zeitgemäß.

Herr Holle gibt den Hinweis auf mehrere Ortsbeiräte, die bei der Variantenfindung zu beteiligen sind.

Herr Ernhof erläutert zum Verfahren der NKU, dass dieses Verfahren so vom Bund festgelegt ist und damit eine Vergleichbarkeit des Verfahrens in der gesamten Bundesrepublik angestrebt wird. Zum Vorschlag der besseren Anbindung der Uniklinik muss geprüft werden, wie viele Linien noch die Gaustraße befahren können. Dies ist jedoch sicherlich ein interessanter Aspekt bei einer weiterführenden Linienschließung.

**Punkt 10**            **Modernisierung Ticketvertrieb**  
**hier: bargeldloser Ticketverkauf in den Fahrzeugen der Fahrzeugen**  
**der MVG: mündlicher Bericht der Mainzer Mobilität**

Frau Steinkrüger führt kurz in das Thema ein. Frau Schmitz (Mainzer Mobilität) erläutert die neuen Bezahlmethoden anhand der beiliegenden Präsentation (Folien Seite 19 – 27). Sie erläutert, dass eine Befragung der Kunden als Grundlage der neuen Vertriebswege genutzt wurde. Hierbei ergab sich, dass überwiegend ältere Personen (>65 Jahre) überwiegend an den Automaten an der Haltestelle ihr Ticket kaufen, damit sie beim Einsteigen schnell zum Sitzplatz kommen und sich eventuell noch vor Fahrtantritt setzen können. Herr Gerster gibt als Anregung, dass Störungsmeldungen schneller in der App angezeigt werden sollten. Er findet den Ticketkauf zu kompliziert zumal nur nach Anmeldung auf der App und nur bei Angabe der konkreten Strecke dieser möglich sei. Er bittet um eine kundenfreundlichere Gestaltung.

Frau Schmitz nimmt den Hinweis zu Störungsmeldung auf.  
Herr Hoffmann erläutert den im Verbund begründeten Zwang der Systematik beim Ticketkauf.

Herr Gerster bittet um eine erläuternde Anleitung in der App.

Herr Nierhoff äußert nochmals den Wunsch nach Konsolidierung der Apps (alle Angebote in einer App) und bemerkt, dass in anderen Städten der Ticketverkauf auch ohne vorherige Registrierung funktioniert. Er fragt, warum der Ticketkauf per Handy anders als beim Automaten oder anderen Vorverkaufsmöglichkeiten ist. Weiterhin kritisiert er, dass die Information der Gremien erst nach Informationen in der Presse und Medien erfolgt und äußert den Wunsch nach einer längeren Übergangsphase für alle Fahrzeuge.

Ebenfalls möchte er wissen, wie der Ticketkauf bei ausbrechenden Linien erfolgt. Frau Schmitz erläutert nochmals die Notwendigkeit der Registrierung durch den Verbund mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) und erklärt, dass Kurzstreckentickets ohne Angabe der Relation nicht kontrollierbar sind. Weiterhin wird erläutert, dass bei den Straßenbahnen leider kein Parallelbetrieb möglich sei, da in diesen Fahrzeugen auch neue Bordrechner installiert werden würden, die einen Parallelbetrieb nicht zuließen. Weiterhin erläutert Herr Hoffmann (Mainzer Mobilität) dass es über eine gewisse Zeit zu unterschiedliche Zahlungsmöglichkeiten zwischen ESWE/MVG, aber ESWE beginnt nun ebenfalls mit der Umstellung im Ticketverkauf.

Weiter gibt er zur Information, dass es in der Übergangszeit auch in den Straßenbahnen für kurze Zeit keine Fahrscheine zu kaufen geben wird.

Zur Frage wie es sich in den ausbrechenden Verkehren mit dem Ticketkauf verhält, erläutert er, dass auch im Landkreis der Ticketkauf umgestellt wird.

Frau Mauerer begrüßt die Möglichkeit, dass durch den Einsatz der Prepaidkarte auch Anonymität möglich ist. Sie möchte die Gelegenheit nutzen und darauf hinweisen, dass am 11.11.2021 der Schillerplatz von den Fahrzeugen nicht angefahren wurde und leider auch kein Hinweis hierauf weder in der App noch im Bus erfolgte.

Herr Röder erklärt ebenfalls, dass er die Zahlungsmöglichkeit per Prepaidkarte begrüßt, er stellt jedoch die Frage, wo diese aufladbar sei.

Herr Hoffmann erläutert hierzu, dass die Relationsgebundenheit nur in der App systembedingt notwendig sei. Am Automaten ist eine solche Eingabe nicht notwendig.

Frau Schmitz erläutert, dass die Prepaidkarte mit min. 10,-€ bis max. 200,-€ im Kundencenter oder online aufladbar sei. Sie weist nochmals darauf hin, dass die Sammelkarte günstiger als Einzelfahrschein sei.

Herr Erlhof erinnert an die geringe Betroffenenheiten der Kund:innen hin. Die Erhebungen haben ergeben, dass über 80% Zeitkarten erwerben.

Frau Steinkrüger führt kurz in das Thema ein. Frau Schmitz (Mainzer Mobilität) erläutert die neuen Bezahlmethoden anhand der beiliegenden Präsentation (Folien Seite 19 – 27).

Sie erläutert, dass eine Befragung der Kunden als Grundlage der neuen Vertriebswege genutzt wurde. Hierbei ergab sich, dass überwiegend ältere Personen (>65 Jahre) überwiegend an den Automaten an der Haltestelle ihr Ticket kaufen, damit sie beim Einsteigen schnell zum Sitzplatz kommen und sich eventuell noch vor Fahrtantritt setzen können.

Herr Gerster gibt als Anregung, dass Störungsmeldungen schneller in der App angezeigt werden sollten. Er findet den Ticketkauf zu kompliziert zumal nur nach Anmeldung auf der App und nur bei Angabe der konkreten Strecke dieser möglich sei. Er bittet um eine kundenfreundlichere Gestaltung.

Frau Schmitz nimmt den Hinweis zu Störungsmeldung auf.

Herr Hoffmann erläutert den im Verbund begründeten Zwang der Systematik beim Ticketkauf.

Herr Gerster bittet um eine erläuternde Anleitung in der App.

Herr Nierhoff äußert nochmals den Wunsch nach Konsolidierung der Apps (alle Angebote in einer App) und bemerkt, dass in anderen Städten der Ticketverkauf auch ohne vorherige Registrierung funktioniert. Er fragt, warum der Ticketkauf per Handy anders als beim Automaten oder anderen Vorverkaufsmöglichkeiten ist. Weiterhin kritisiert er, dass die Information der Gremien erst nach Informationen in der Presse und Medien erfolgt und äußert den Wunsch nach einer längeren Übergangsphase für alle Fahrzeuge.

Ebenfalls möchte er wissen, wie der Ticketkauf bei ausbrechenden Linien erfolgt.

Frau Schmitz erläutert nochmals die Notwendigkeit der Registrierung durch den Verbund mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) und erklärt, dass Kurzstreckentickets ohne Angabe der Relation nicht kontrollierbar sind. Weiterhin wird erläutert, dass bei den Straßenbahnen leider kein Parallelbetrieb möglich sei, da in diesen Fahrzeugen auch neue Bordrechner installiert werden würden, die einen Parallelbetrieb nicht zuließen. Weiterhin erläutert Herr Hoffmann (Mainzer Mobilität) dass es über eine gewisse Zeit zu unterschiedliche Zahlungsmöglichkeiten zwischen ESWE/MVG, aber ESWE beginnt nun ebenfalls mit der Umstellung im Ticketverkauf.

Weiter gibt er zur Information, dass es in der Übergangszeit auch in den Straßenbahnen für kurze Zeit keine Fahrscheine zu kaufen geben wird.  
Zur Frage wie es sich in den ausbrechenden Verkehren mit dem Ticketkauf verhält, erläutert er, dass auch im Landkreis der Ticketkauf umgestellt wird.

Frau Mauerer begrüßt die Möglichkeit, dass durch den Einsatz der Prepaidkarte auch Anonymität möglich ist. Sie möchte die Gelegenheit nutzen und darauf hinweisen, dass am 11.11.2021 der Schillerplatz von den Fahrzeugen nicht angefahren wurde und leider auch kein Hinweis hierauf weder in der App noch im Bus erfolgte.

Herr Röder erklärt ebenfalls, dass er die Zahlungsmöglichkeit per Prepaidkarte begrüßt, er stellt jedoch die Frage, wo diese aufladbar sei.

Herr Hoffmann erläutert hierzu, dass die Relationsgebundenheit nur in der App systembedingt notwendig sei. Am Automaten ist eine solche Eingabe nicht notwendig.

Frau Schmitz erläutert, dass die Prepaidkarte mit min. 10,-€ bis max. 200,-€ im Kundencenter oder online aufladbar sei. Sie weist nochmals darauf hin, dass die Sammelkarte günstiger als Einzelfahrschein sei.

Herr Erlhof erinnert an die geringe Betroffenheiten der Kund:innen hin. Die Erhebungen haben ergeben, dass über 80% Zeitkarten erwarben.

Abschließend erklärt Frau Steinkrüger, dass die Stadt Mainz schon einen gewissen Stolz haben könne, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen, jedoch möchte auch sie einen Appell für eine frühzeitigere Kommunikation mit den städtischen Gremien mitgeben.

## **Punkt 11      Mitteilungen**

Herr Rehn bittet um den Bericht zur Evaluation der Busspur in der Geschwister-Scholl-Straße und um einen Bericht zum Stand der Digitalisierung der Lichtsignalanlagen. Frau Steinkrüger sagt zu, dass Beides im nächsten Ausschuss erfolgt.

### **Ende der Sitzung: 19:00 Uhr**

gez. Steinkrüger  
.....  
**Vorsitz**

gez. Metsch  
.....  
**Schriftführung**